An unserem heutigen Dokument und dem Thema können wir mit Staunen beobachten, dass es Fortschritt gibt. Der *Spiegel* beschreibt hier, wie es in der zweiten Hälfte der Sechzigerjahre des letzten Jahrhunderts den bis dahin weitverbreiteten Konfessionsschulen „an den Kragen“ ging. Ich greife beim Thema Konfessionsschulen, ihrem Ende und dem Übergang zu Gemeinschaftsschulen auf persönliche Erfahrungen zurück. Vorweg aber noch die Anmerkung: In der damaligen DDR war meines Wissens alles ganz anders, auf diesem Feld eindeutig fortschrittlicher.

Mein Schulunterricht begann 1944 in der Gemeinschaftsschule unseres Dorfes in Nordbaden. Die Kinder aller Konfessionen hatten schon zusammen gemeinsam den Kindergarten besucht. In der sogenannten Volksschule ging das dann simultan weiter. So war das in der Region schon zu Großherzogs Zeiten. Als ich dann in den Sechzigerjahren in München studierte und arbeitete, erlebte ich dort einen mit harten Bandagen geführten Kampf um die Abschaffung der Konfessionsschulen. Hier rühmt sich die CSU des Fortschritts, wenn auch noch begrenzt auf eine „christliche“ Gemeinschaftsschule.1968 wechselte ich beruflich nach Bonn und erlebte dort dann wie zuvor in Bayern den Kampf um die Abschaffung der Konfessionsschule. Ich fühlte mich auf dem Hintergrund der Gemeinschaftsschulerfahrung im kurpfälzischen Nordbaden wie auf einem anderen Stern.

Hier folgt noch der Hinweis auf eine Sendung des *SWR* zum Thema. In dieser Sendung wird übrigens auch lobend die viel fortschrittlichere Entwicklung in Schleswig Holstein und in Hessen erwähnt:

Elternrecht und Konfessionsschule

15. Juli 1965 • SWR Retro – Abendschau • *SWR*

ardmediathek.de/video/swr-retro-abendschau/elternrecht-und-konfessionsschule/swr/Y3JpZDovL3N3ci5kZS9hZXgvbzExNTkxNzg

Text zur Sendung: „In Nordbaden gibt es die Simultanschule und die christliche Gemeinschaftsschule. In Südbaden-Hohenzollern hingegen gibt es überwiegend kleine, z.T. einklassige Konfessionsschulen, die zu Nachbarschaftsschulen zusammengeführt werden sollen. Die erstrebenswerten einheitlichen Schulverhältnisse in ganz Baden-Württemberg bleiben weiterhin Ziel der Politik.“